

# UTE VOGT

## INFORMIERT

Nr. 7

SPD

Juli 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

Sommerpause in Berlin - dafür sind Brüssel und vor allem Straßburg im Blick. Ursula von der Leyen ist neue Kommissionspräsidentin. Nun gilt es, sie beim Wort zu nehmen und die Inhalte anzupacken. Den Mindestlohn in ganz Europa zum Beispiel, eine europäische Arbeitslosenversicherung oder ein europäisches Klimagesetz! Denn über Personen wurde nun genug geredet. Es gibt weiter Vieles anzupacken, dafür machen wir Politik. [Klima schützen. Sozial. Gerecht.](#) Unter diesem Titel findet sich Teil II unserer Beiträge zur programmatischen Erneuerung. Teil I war [der Sozialstaat für eine neue Zeit](#) und als Teil III folgt dann unsere Positionierung zur Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. Der Parteivorstand liefert also, aber die Debatten über diese Papiere bleiben leider im kleinen Kreis. Dabei hören wir allerorten, dass es Zeit wird, sich endlich hier, da und dort thematisch klar zu positionieren. Bitte sehr! Die Vorlagen sind da. Jetzt gilt es, sich damit auseinander zu setzen. Nach meiner Ansicht fehlt es uns nicht an Themen und auch nicht an Positionen. Ich plädiere daher zum einen dafür, in der Diskussionsfreude nicht nach zu lassen. Dazu gehört auch, unsere Debatten zu öffnen und nicht nur innerhalb der SPD zu diskutieren, sondern bewußt jene gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen, die uns nicht automatisch nahe stehen. Zweitens braucht es danach verbindliche, eindeutige Beschlüsse und drittens solidarische Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen, die Beschlossenes akzeptieren und mit Leidenschaft für den sozialdemokratischen Weg eintreten. Eigentlich ganz einfach, eben Klarheit, Disziplin und Fröhlichkeit damit Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gelebt und weiter verbreitet werden.

Ich wünsche euch erholsame Sommertage, damit wir im September und Oktober zu klugen Entscheidungen kommen und mit spannenden Debatten wieder viele Menschen für uns interessieren - und hoffentlich auch bald wieder begeistern.

Herzliche Grüße

### Bürger\*innenanliegen

Klimaschutz und Umwelt waren Thema von Zuschriften zu Plastikmüll, Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, CO2-Besteuerung und der Aktion Klimaschutz jetzt! Mieten und Wohnen bewegt die Stuttgarter\*innen auch weiterhin. Hinzu kam ein Strauß weiterer Anliegen: Seenotrettung, Migrationspaket, Kinderrechte in das GG, Agenda 2010, Spahns Versuch der Aufweichung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und Erwerbsminderung, um einige zu nennen. Zur Abschaffung der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten und Direktversicherungen gibt es einen Beitrag auf Seite 2.

### Der nächste bundespolitische Stammtisch ist in Hedelfingen:

In Berlin ist bereits Sommerpause, aber uns geht der Gesprächsstoff nicht aus. Ob Wohnungsmarkt, Europaentscheidungen, Rentenversicherung, Arbeitsschutz, Klimawandel oder Entwicklungszusammenarbeit. Mit den Ortsvereinen der Oberen Neckarvororte freue ich mich auf die Diskussion mit Euch!

-> **Montag, 22. Juli 2018, 18:00 Uhr** - Gasthaus „Zum Hirsch“, Amstetter Str. 39, Stuttgart-Hedelfingen



Schon traditionell ist mein Besuch beim Stand des SPD-Ortsvereins Möhringen auf dem Fasanenhoffest. Eines der gelungenen Beispiele sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik. Die Sanierung und Gestaltung geht nämlich auch hier im Fasanenhof auf „unser“ Bundesprogramm Soziale Stadt zurück.

## Abschaffung der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten und Direktversicherungen

Ein Lösungsansatz, der schon seit langem von der SPD vorgeschlagen wird, ist die Halbierung der Beitragssätze. Bundesgesundheitsminister Spahn hatte sich in seinem Referentenentwurf dem bereits angeschlossen. Die Kosten dafür lägen bei rund 3 Milliarden Euro jährlich. Unstimmigkeiten gab es noch bei der Finanzierung. Unser Vorschlag sieht dazu die hohen Krankenkassenüberschüsse vor, während Spahn dies gerne über Steuermittel umsetzen würde. Eine Einigung lag schon in greifbarer Nähe. Allerdings wurde dieser Lösungsansatz, unabhängig von der Art der Finanzierung, von der Kanzlerin abgelehnt und hat es so nicht einmal ins Kabinett geschafft.

Diskutiert wird nun die Umwandlung der Freigrenze in einen Freibetrag. Bei der Freigrenze ist aktuell die volle Beitragspflicht für Bezüge oberhalb 1/20 der monatlichen Bezugsgröße nach §18 SGB IV (2019: 155,75 Euro) zu entrichten. Während bei einem Freibetrag nur die Einnahmen darüber verbeitragt werden.

Die Sommerpause soll nun dazu genutzt werden, bis zum Herbst ein einvernehmliches Konzept der Koalitionspartner vorzulegen. Grundsätzlich favorisieren wir immer noch den Lösungsansatz mit der Halbierung des Beitragssatzes und der Finanzierung über den Überschuss der Krankenkassen. Die Verhandlungen werden sich aber sicher nicht einfach gestalten, da eine „schweigende Mehrheit“ in der Union - wie die Kanzlerin - am liebsten nichts ändern würde.

Unterstützung gab es aus dem Bundesrat. Auf Initiative Bayerns wurde am 12. April 2019 in der Länderkammer ein [Entschließungsantrag](#) verabschiedet, in dem die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert wird. „Nach Ansicht der Länder ist insbesondere zu überlegen, ob die Krankenversicherungsbeiträge in der Auszahlungsphase halbiert werden können und die Umwandlung der bisherigen Freigrenze in einen Freibetrag möglich ist. Außerdem soll die Bundesregierung prüfen, wie die Gesetzlichen Krankenkassen die Mindereinnahmen beim Wegfall der Doppelverbeitragung kompensieren können.“ Das entspricht unserem Ansatz.

## Hilfe gegen Hunger; helfen gegen die Folgen des Monsun in Südasiens!

Der neue UN-Report "[The State of Food Security and Nutrition in the World](#)" zeigt: Um unser Ziel für nachhaltige Entwicklung "Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern" zu erreichen, brauchen wir auch eine Agrar- und Ernährungspolitik, die nachhaltig ist und die Menschenrechte wahrt. Anhaltende Konflikte und Binnenflucht sorgen vielerorts für eine erschwerte Versorgung. In Zahlen bedeutet dies, dass 2018 jeder neunte Mensch unter Hunger leidet, die meisten in Asien, gefolgt von Afrika, Lateinamerika und der Karibik. Zwei Milliarden Menschen sind von moderater oder schwerer Nahrungsmittelunsicherheit betroffen, haben also keinen verlässlichen Zugang zu Nahrung. Das geht aus dem UN-Bericht hervor.

Naturkatastrophen wie der Monsun in Südasiens kommen erschwerend hinzu, bringen die Menschen in akute Notsituationen und stellen die Helfenden vor große Herausforderungen. Wir können Konflikte nicht ohne weiteres lösen und wir können eine Naturkatastrophe nicht sofort aufhalten, aber wir können die Helfenden vor Ort unterstützen. Auch die Organisation "Help - Hilfe zur Selbsthilfe" leistet gerade in den Rohingya-Camps in Bangladesch Hilfe. Sie fördern die Hygiene in den Lagern, um die Verbreitung von Krankheitserregern zu verhindern. Weitere Nothilfemaßnahmen werden folgen, denn durch die Überschwemmungen mangelt es auch an sauberem Trinkwasser und Nahrungsmitteln. Zum Spendenaufruf von Help geht es [hier](#).

Wer sich wegen einer Spende an Help oder einer anderen Hilfsorganisation unsicher ist, kann auf der Seite des "Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen" eine Einschätzung nachlesen und schauen, ob die jeweilige Organisation das DZI Spenden-Siegel erhalten hat. Sollte von einer Spende an eine bestimmte Organisation abgeraten werden, können dort auch die Gründe nachgelesen werden. Das Verfahren, welche Standards für die DZI Bewertung zugrunde gelegt werden, kann zudem [hier](#) nachgelesen werden.

